

Internationales Colloquium von Parlamentariern, Sicherheitskräften und Sicherheitsexperten (21. – 23. November 2012 in Lomé)

### **Westafrika und die neuen Bedrohungen der Sahelkrise**

*Zu den zentralen Projekten des Regionalprogramms „Politischer Dialog in Westafrika“ gehört der sicherheitspolitische Dialog in der Region. Seit sieben Jahren treffen sich Parlamentarier und Militärs aus den Mitgliedstaaten des Projektes (Burkina Faso, Benin, Niger, Togo, Côte d’Ivoire, Mali) jährlich auf einem international ausgerichteten Kolloquium. Die diesjährige Diskussion galt der Analyse und Erarbeitung von Lösungsansätzen für die Krise im Sahel, die sich aus einem Militärputsch in Mali und der anschließenden Einrichtung eines islamistischen Gewaltregimes im Norden des Landes entwickelt hatte.*

In der togolesischen Hauptstadt Lomé trafen sich vom 21. – 23. November 2012 fünfzig Parlamentarier und hochrangige Vertreter der Streitkräfte aus Benin, Togo, Burkina Faso, Niger, Côte d’Ivoire und Mali sowie Sicherheitsexperten aus dem Bereich der CEDEAO sowie der afrikanischen Nachbarstaaten. Die Konferenz versammelte bereits zum siebten Mal Militärs und Parlamentarier, um einen Dialog über ein aktuelles sicherheitspolitisches Thema zu führen. Das sicherheitspolitische Kolloquium wird jeweils in Zusammenarbeit zwischen dem Verteidigungsministerium des jeweiligen gastgebenden Landes und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cotonou organisiert.

**Elemente der regionalen und kontinentalen Sicherheitsarchitektur:  
Die Analysen**

Kouma Biteniwe, Kabinettsdirektor des togolesischen Verteidigungsministers, überbrachte die Willkommensgrüße des togolesischen Präsidenten. Das Ziel der Konferenz sei der Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Bewältigung militärischer Konflikte in Afrika sowie die Erarbeitung von Vorschlägen, die geeignet seien, die Krise in Nordmali beizulegen, ein Klima gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, die Armut zu bekämpfen und eine demokratische Regierung zu ermöglichen. Gerhard Wahlers, stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, dankte in seiner einleitenden Rede den togolesischen Autoritäten für ihre Gastfreundschaft und die große Unterstützung bei der Organisation der Veranstaltung. Sicherheitspolitik sei eines der Leitthemen der Stiftung, so Wahlers. Die gegenwärtige Krise in der Sahelzone sei nicht allein ein afrikanisches Problem, sondern bedrohe auch bald Europa. Eine Analyse der Krise dürfe sich nicht auf den Aspekt des Terrorismus beschränken. Vor jedem militärischen Einsatz müssten alle Verhandlungsoptionen ausgeschöpft sein. Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Togo äußerte seine Wertschätzung des Kolloquiums als einer exzellenten Informationsquelle über die Vorgänge in Afrika.

*Boubacar Ba*, Vertreter des Programmes der Vereinten Nationen für den Aufbau der Demokratie in Bamako (Mali), skizzierte die Genese der neuen Krisen in Westafrika. Mali habe seit seiner Unabhängigkeit drei Staatsstriche verkraften müssen. Parallel habe das Land aber unterschiedliche Bemühungen zur Konsolidierung der Demokratie erlebt: die Nationalkonferenz 1991, die neuen demokratische Verfassungen, den Nationalpakt 1992 und die Politischen Abkommen mit den aufständischen Tuareg sowie den Dezentralisationsprozess seit 1992. Der Sahelraum zeichne sich durch vielfältige Krisenmerkmale aus: ein schwierig zu kontrollierendes großes Gebiet; geostrategische Herausforderungen, die sich aus dem Kampf um Einflusssphären auf und unter der Erde ergäben;

Herausforderungen, die sich aus dem Terrorismus, Islamismus, heimlicher Migration und grenzüberschreitender Kriminalität ergäben; neue Probleme, die sich aus der Migrantenfut und Verbreitung von Waffen nach dem Fall Ghaddafis ergäben. Dazu kämen Probleme wie: die notwendige Entwicklung einer Nation, die noch immer schwer am kolonialen Erbe trägt; politische (demokratische) Systeme, denen es schwerfällt, ihren Institutionen und Anführern eine Legitimität zu verschaffen; ein unvollendeter politischer Konsens; eine öffentliche Verwaltung, die immer noch nicht der Logik und den Praktiken von Korruption, Klientelismus und Autoritarismus entwachsen ist; Armee und Sicherheitskräfte, die in diversen Staatsstreichern mit republikanischen Prinzipien gebrochen haben. Es müsse daher eine Perspektive unter folgenden Gesichtspunkten entwickelt werden: der soziale Dialog und die nationale Versöhnung in Mali müßten verstärkt werden; es müsse ein Rahmen für Dialog und Mediation in Mali geschaffen werden; es müsse eine Übergangsjustiz geschaffen werden; der Kampf gegen die Korruption müsse intensiviert werden; der Sicherheitsrahmen für Frauen und für junge Menschen müsse verstärkt werden.

*Boncana Ibrahima Maiga*, Experte für Sicherheit, Frieden und sozialen Dialog aus Bamako, stellte die Herangehensweise und deren Probleme bei der Lösung der Krise in Mali vor. Die CEDEAO pflegt ein Krisenpräventionssystem, um bei Fragen von Frieden und Sicherheit in der Region eingreifen zu können. Dieses beinhaltet: einen Präventions- und Krisenbewältigungsmechanismus, der 1999 eingerichtet wurde und ein regionales Sicherheitssystem ist, das die 15 Staaten der CEDEAO umfaßt. Dieser Mechanismus wird von einem Institutionensystem auf drei Ebenen dargestellt, das zum einen die Konferenz der Staatschefs und Regierungen umfasst, zum anderen den Mediations- und Sicherheitsrat und die Kommission der CEDEAO. Zum zweiten gehört dazu ein Frühwarnsystem, das das Sammeln und die Auswertung von Informationen und deren

Austausch beinhaltet. Das System der CEDEAO und sein Erfolg beruhten nicht allein auf dem Austausch von Informationen unter den Mitgliedsstaaten, sondern auch auf dem Austausch zwischen CEDEAO und Zivilgesellschaft sowie nicht-Staatlichen Akteuren.

Welche Erfahrungen die EU bei der Bewältigung von Krisen in Afrika gemacht hat und welche Lehren man daraus für die Beilegung der Sahelkrise ziehen könne, war Gegenstand der Ausführungen von *Ndiaye Amadou*, ehemaliger Botschafter Malis in Äthiopien und bei der Afrikanischen Union und Mitglied im Sicherheitsrat der Afrikanischen Union. Erfahrungen aus zwei Weltkriegen und der nachfolgende Ost-West-Konflikt haben zu einem ausgeklügelten System von Konfliktprävention und Krisenbewältigung geführt, das mehrere Vermittlungsstufen vor einem militärischen Eingriff vorsieht. Er räumte ein, daß es NATO-Operationen in Afrika gegeben habe, die sich nicht an dieses System gehalten habe. Grundsätzlich sei es besser, Krisen vorzubeugen als nachträglich einzugreifen.

In seiner abendlichen Tischrede hob *Gerhard Wahlers* noch einmal hervor, dass die Sahelkrise auch in Deutschland mehr Aufmerksamkeit genießen müsse. Diesem Zwecke dienten die verschiedenen Veranstaltungen, die die Konrad-Adenauer-Stiftung bereits im Inland durchgeführt habe und deren Resultate den entscheidenden politischen Kreisen und der öffentlichen Diskussion zugänglich gemacht worden seien. Frieden in Mali und in der Region sei nur zu erreichen, wenn es analog Bemühungen um eine soziale, politische und religiöse Stabilisierung gäbe. Deutschland, Europa und Afrika hätten gemeinsame Interessen, wenn es um die Bekämpfung von Drogenhandel und Terrorismus in der Region gehe.

**Ensemble, nous pouvons.....: Plädoyers für eine Konzentration und Koordinierung der militärischen Eingreifkräfte**

Der zweite Konferenztag fand auf Einladung der togolesischen Streitkräfte beim Generalstab der togolesischen Armee statt. Der stellvertretende Generalstabschef, Colonel *Wenmiba Aradjo*, hob bei seiner Begrüßung hervor, daß Sicherheit nicht allein die Sache eines Staates allein sei und daß nur eine Zusammenarbeit aller Staaten und Streitkräfte in der Region Krisen vorbeugen und bekämpfen könne.

Die anschließende Vorstellung der togolesischen Streitkräfte durch Colonel *Kangni Teko* zeichnete deren Entstehung, Zusammensetzung der einzelnen Waffengattungen und diversen Einsätze innerhalb von Afrika nach. Die togolesische Armee wurde 1964 gegründet. Es folgte eine Phase massiver Rekrutierungen zwischen 1970 und 1997, bis die heutige Gesamtstärke von 11 000 Personen erreicht wurde.

Colonel Major *Adama Dembele*, stellvertretender Generalstabschef der malischen Armee, präzierte im Anschluß den Aufbau der Sicherheitsarchitektur der Afrikanischen Union. Geschwächt werde die Schlagkraft der Organisation durch Verzögerungen bei der Beschlussfassung und Unzulänglichkeiten beim Verwaltungs- und Exekutivpersonal (zivile Experten, Militär und Polizei). Den größten Nachteil bildeten die finanziellen Zwänge, das Fehlen adäquaten Materials und einer entsprechenden Logistik für die Dislozierung der Truppen. Letztendlich sei aber – auch bedingt durch die unregelmäßig eintreffenden Mitgliedsbeiträge einzelner Mitglieder - die Afrikanische Union immer abhängig von einzelnen Führungsnationen, von der Europäischen Union und von der NATO.

Vor diesem Hintergrund gab Dembele einige Empfehlungen ab, die eine effektivere Durchsetzung der Beschlüsse der AU, die Finanzierung ihrer Aktionen und die Absicherung der Wirkung ihrer Aktionen durch entsprechende Maßnahmen im zivilen Bereich der Mitgliedsstaaten zum Gegenstand hatten.

General *Dominique Djindjere* aus Burkina Faso stellte die republikanische Gesinnung der Interventionstruppen der AU, deren Neutralität und Professionalismus als zentral für das Gelingen ihrer Aktionen vor.

Wie können Parlamentarier und Streitkräfte bei der Lösung der Krisen zusammenarbeiten? Paritätisch besetzte Panels mit Vertretern der Parlamente der Region sowie mit Armee-Vertretern arbeiteten folgende Lösungen heraus: äußere Bedrohungen werden fast immer begleitet durch eine zerbrechende Demokratie im Innern, schlechte Regierung, ausfallende Institutionen etc. Die Mehrheit der Krisen entstehe aufgrund der Unfähigkeit der Staaten, solchen Krisen im Innern adäquat zu begegnen. Die CEDEAO habe es bislang nicht geschafft, solche regionalen Instabilitäten zu bekämpfen. Sicherheit müsse mehr als kollektive Aufgabe angesehen werden, die im globalen Rahmen erreicht werden muss und als deren Grundbedingung der Respekt vor den Menschenrechten eingehalten werden müsse. Den Parlamentariern komme die Aufgabe zu, eine gezielte, effektive Informationspolitik im Innern der durch Krisen bedrohten Länder zu gestalten, damit sich die Bevölkerung hinter die Aktionen der CEDEAO und der AU stelle.

### **Abschließende Empfehlungen des Colloquiums**

Die anwesenden Vertreter der Streitkräfte und Parlamentarier aus Burkina Faso, Niger, Mali und Benin sowie Togo und die Sicherheitsexperten aus dem Bereich der CEDEAO sowie Afrikas sprachen folgende Empfehlungen aus.

#### **An die Adresse der Parlamente:**

Sie empfehlen,

1. den Rahmen der interparlamentarischen Beratungen zu verbessern
2. die Diplomatie der Parlamente weiterzuentwickeln und zu verbessern
3. die Kontrolle der Parlamente über die Streitkräfte zu verbessern
4. die staatlichen Voraussetzungen zu verbessern, um die Reform des Sicherheitssektors und der Verteidigung zu verstärken
5. eine entscheidende Rolle in der Sensibilisierung und staatsbürgerlichen Schulung der Bürger zu spielen.

#### **An die Adresse der Streitkräfte:**

Sie empfehlen,

1. Einen Rahmen für Austausch und Partnerschaft der Armeen zu schaffen
2. die Fähigkeiten der Truppen zu vervielfachen und zu verstärken und einen Rahmen zu verstärken, in dem die Streitkräfte und Sicherheitskräfte ihre Professionalität und ihre Neutralität bezüglich Religion, Politik und philosophischer Ideen bewahren können.
3. Den Kampf gegen die Korruption und Nepotismus innerhalb der Armee zu verstärken

#### **An die Adresse der Staaten:**

Sie empfehlen,

1. die internationale Zusammenarbeit zu verstärken
2. die internationalen Organisationen im Sinne einer kollektiven Krisenprävention zu beeinflussen

3. die Beschlussfassung zu gemeinsamen Operationen der Streit- und Sicherheitskräfte zu erleichtern, um den Bedrohungen der Krise in der Region entgegentreten zu können
4. die AU aufzufordern, die Bereitschaft ihrer Partner auszuloten, und eine afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur einzurichten, in dem sie mit ihnen ein Memorandum unterzeichnen, welches ihr nachhaltiges Engagement durch die Finanzierung ihrer Programme unterstützt.

### **Spezielle Empfehlung**

Im Hinblick auf die Situation in der Sahelzone empfehlen die Teilnehmer die effektive Abhaltung einer Internationalen Sahelkonferenz, die die Hauptakteure versammelt, um die Befriedung der Zone zu erreichen.